

Das vollständige Wahlprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Bundestagswahl 2025 wurde am 11. und 12. Januar 2025 auf einem Parteitag in Riesa beschlossen. Hier sind die zentralen Punkte des Programms zusammengefasst:

## Wirtschaft und Finanzen

- **Steuerpolitik:** Die AfD plant eine Vereinfachung des Steuerrechts, einschließlich einer Erhöhung des Grundfreibetrags auf 14.000 Euro und einer Senkung der Unternehmenssteuern. Die Partei strebt an, die Erbschafts- und Vermögensteuer abzuschaffen.
- **Deregulierung:** Abbau von Umweltauflagen und Streichung des Lieferkettengesetzes, um freies Unternehmertum zu fördern.

## Energie- und Klimapolitik

- **Energieversorgung:** Die AfD fordert eine Rückkehr zur Atomkraft, die Verlängerung der Laufzeiten von Kohlekraftwerken und die Wiederaufnahme russischer Gaslieferungen. Sie lehnt Windparks ab und fordert die Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Abgabe.
- **Klimaschutz:** Die Partei ignoriert die Konsequenzen für Umwelt und Klima und sieht keinen Handlungsbedarf im Rahmen der Klimapolitik.

## Migration und Asyl

- **Verschärfung der Migrationspolitik:** Flüchtlinge sollen an den Grenzen in Gewahrsamszentren gehalten werden, und Asylverfahren sollen ins Ausland verlagert werden. Eine umfassende Rückführungsoffensive für abgelehnte Asylbewerber wird angekündigt.
- **Sozialleistungen:** Sozialleistungen für Asylbewerber sollen in Sachleistungen umgewandelt werden, und Leistungen für Nicht-Aufenthaltsberechtigte sollen gestrichen werden.

## Familien- und Sozialpolitik

- **Traditionelles Familienbild:** Die AfD setzt sich für ein klassisches Familienmodell ein. Der Nachzug von Familienangehörigen subsidiär Schutzberechtigter soll ausgeschlossen werden.
- **Rentenpolitik:** Stabilisierung der gesetzlichen Rente durch zusätzliche Beitragszahler und Flexibilisierung des Renteneintrittsalters.

## Außenpolitik

- **EU-Austritt:** Ein zentrales Ziel ist der Austritt aus der Europäischen Union. Die AfD fordert eine Neugründung einer europäischen Gemeinschaft von Nationalstaaten ohne supranationale Institutionen.